

# Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden  
Lubin & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Banckau: Stadtkanzlei, Dresden,  
Bank der Arbeit, Angestellten  
und Beamten, U.G., Dresden,  
Gebrüder Ernhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eisenbahnen überwölflicher Art ist es auch ohne Einschaltung besonderer Gesetze, hat die Bevölkerung der Dresdner Volkszeitung keinen Aufschluss auf Rückwendung des Belegschaftes oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Gesamtbereich einschließlich Prignitzkreis mit der idyllischen Unter-  
lausitz und dem "Witten, Brand", außerdem "Volk und Welt"  
Gesamtbereich 220 M., überwölflicher 110 M., Einzelmaut 10 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weittemerius 10, Freimarktstr. 25/26. Telefon:  
Blaubecker 15 bis 16 Uhr.  
Geschäftsstelle: Weittemerius 10, Freimarktstr. 25/26 und 12/13.  
Geschäftsstelle von 10 bis 12 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Gründungspreis: die 30 mm breite Ausgabe 200 M., für ausgedehnte Ausgaben 40 M. und 250 M. Sammelanzeigene 200 M. für Kleinanzeigen 40 M. und 250 M. Sammelanzeigene 200 M. für Kleinanzeigen 40 M. Preis: 40 M. für Gewerbeabteilung 10 M.

Nr. 135

Dresden, Dienstag den 12. Juni 1928

39. Jahrg.

## Rücktritt der Reichsregierung

Herr. Müller mit der Regierungsbildung beauftragt — Deutschnationale Verwirrungsmanöver

SPD. Berlin, 12. Juni. (Sig. Junkspruch.) Der Reichskanzler Dr. Marx übereichte dem Reichspräsidenten heute vormittag 9.45 Uhr die Gesamtmissions des Kabinetts. Eine Viertelstunde später wurde der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, vom Reichspräsidenten empfangen und ohne jede Bindung mit der Neubildung der Reichsregierung beauftragt. In Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat Hermann Müller diesen Auftrag angenommen und die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sofort begonnen.

### Beratungen der SPD-Fraktion

Der Soz. Presseinst. berichtet:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat Montag nachmittag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der bisherige Vorstand wurde wieder gewählt. Er besteht aus Hermann Müller (Franken) und Otto Braun als geschäftsführenden Vorsitzenden, Henke, Heidenau und Wels als weitere Vorsitzenden, Dr. Herz als Sekretär, Aufhäuser, Breitscheid, Crispin, Graumann, Schramm, Dr. Hilscherding, Frau Juchas, Löbe, Schumann (Königstein) und Stämpfer.

Nach einem Referat von Hermann Müller (Franken) und einer kurzen Aussprache erklärte sich die Fraktion damit einverstanden, dass Hermann Müller eine Berufung des Reichspräsidenten zur Bildung der Reichsregierung annimmt und die vorliegenden Verhandlungen mit den dafür in Betracht kommenden Parteien einleitet.

Die deutschnationale Presse betrachtet mit der Zustellung des Auftrages an Hermann Müller den „Kampf um die Ministerportefeuilles“ als eröffnet. Sie kommt wiederum nur die „Ritterkrippe“, von der ihre Minister im schweren Herzens scheiden müssen. Vom deutschnationalen Standpunkt aus durchaus mit Recht. Wer entspricht sich nicht in widerlichen Szenen um die Ministerhüte anlässlich der Bildung des Bürgerblocks? Insbesondere im deutschnationalen Lager ging es drunter und drüber, bis dem verdeckten Streit um die Portefeuilles schließlich durch eine schriftliche Abstimmung ein Ende gemacht wurde. Nicht stand das Bertragen der Fraktion, sondern durch den Zuließmittel sind die deutschnationalen Minister in das Kabinett Marx delegiert worden.

Der Sozialdemokrat kommt es zunächst auf das sachliche Programm an; erst dann werden die Minister zu bestimmen sein. In diesem Sinne wird auch Hermann Müller vorgehen, wenn er am Dienstag den Auftrag zur Bildung einer Regierung erhalten hat. Er wird in völliger Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zunächst mit den Leitern des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei überein stimmen, ihre Wünsche berücksichtigen und gleichzeitig die Auffassung seiner Fraktion vertreten. Die Wiedergabe, dass er bereits soziale Verhandlungen mit einzelnen Parteiführern aufgenommen hat und seine Erörterungen sehr weit gediehen sind, entspricht dem Leserschreiber des Tagesblattes. Erst am Dienstag wird Müller mit Gueard, Scholz, Röhl und Leicht in die erforderlichen Erörterungen eintreten. Außerdem eilen auch Meldungen über die voraussichtliche Verteilung von Ministerportefeuilles, die Ansprüche der Sozialdemokratie auf bestimmte Ämter und die Rominierung sozialdemokratischer Kandidaten den Tagesorden voraus.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich bisher der Benennung von Ministerkandidaten nicht einen Tag einigen lassen; sie ist jedoch in einer Reihe von Ämtern durchaus eingesetzt. Sie wird dazu erst Gelegenheit haben, wenn über das soziale Programm eine Vereinbarung erzielt ist.

### Die Enten flattern...

A. Berlin, 12. Juni. (Sig. Junkspruch.) Zu der Bürgerlichen Presse werden über die Zusammenstellung der künftigen Regierung die verschiedensten Meldungen verstreut. Sie beruhen ausschließlich auf Spekulationen und Vermutungen. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass eine Regierung Müller als Kabinettsminister angehören wird, nachdem Greiner oder Sielemann Mitglieder eines solchen Kabinetts werden. Aber ob die Bürgerliche Volkspartei der künftigen Regierung voraussetzt, dass sie die Deutschen Volkspartei ihr ausgetragen wird, muss zunächst geklärt werden. Das wird im Laufe der Woche durch Hermann Müller geschehen. Die Ergebnisse dürften zeigen, ob schließlich überhaupt eine Regierung auf vereinbarung möglich ist. Dies wird zuletzt auch die Zusammensetzung eines bestreitigen Kabinetts abhängen. Das Zeichen bei

neuen Regierung und ebenso im Interesse des Reichstags wäre zu wünschen, dass die notwendige Stärkung der Lage schnellstens erfolgt. Die deutschnationale Presse berichtet, dass die bevorstehenden Verhandlungen über die Regierungsbildung zu haben seien. Sie hofft, dieses Ziel am besten durch die Verbreitung falscher Nachrichten zu erreichen. Das geschieht seit Tagen ganz systematisch. Wir stellen deshalb nochmals mit Nachdruck fest, dass Müller wieder mit seinem Parteiführer über die Regierungsbildung schlichte Erörterungen gepflogen hat. Alle gegenwärtigen Behauptungen sind frei erfunden. Damit erledigen sich die Meldungen, dass man „unter der Hand“ schon zu positiven Ergebnissen über das Programm und die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts gelangt ist, von selbst. Wie oft sollen wir diesen Schwund der bürgerlichen Presse noch demonstrieren?

### Zentrumshörerungen

Aus unterrichteten Kreisen erfahren wir, dass der Vorstand der Zentrumsfaktion des Reichstags in seiner Montagssitzung eine ganze Reihe programmatischer Formulierungen aufgestellt hat, die heute im Verlauf der Verhandlungen von Hermann Müller mit den Zentrumsführern geschlossen werden sollen. Es heißt, dass jene vornehm auch eine Erklärung zur Schulfrage befindet. Die Formulierungen sind in der Hauptfrage auf die Katholische Kirche und zwar in erster Linie die Zentrumspredikanten. Es scheint, dass man in dieser Sache den Zentrumspredikanten keine Gnade zu tun will. In möglichen Konflikten helfen möglicherweise manche Zentrumspredikanten, dass dieser katholische Politiker wieder einmal ein dringendes Bedürfnis empfinde, sich auf Grund der verschiedenen Verhältnisse aus leichter Zeit gegenüber dem Episkopat zu reißen. Damit sein offizieller Titel

S. Berlin, 12. Juni. (Sig. Junkspruch.) Der bisherige Staatssekretär der Reichsangelegenheiten, Bänder, der dem Zentrum angehört, steht in den letzten Wochen insofern seinen eigenen Programms, als er alle Welt davon zu überzeugen sucht, dass er als einziger Staatssekretär des Reichsangelegenheiten „ausreichend“ sei. Es kann schwierig seinem Reichskanzler oder Minister irgend einer Partei vorgesetzten werden, mit wem er in engster Umgebung zusammenarbeiten will. Das gilt für die Sozialdemokratischen Minister und für die Minister der künftigen Koalitionsparolen in gleichem Maße. Infolgedessen wäre es angebracht, wenn sich das Zentrum in der fraglichen Angelegenheit etwas weniger engagieren würde. Aber auch hier scheint der unvermeidliche Angesichts-Schreiber wieder der Hauptfeind zu sein.

### Bebel, die SPD und ihr Parlamentarismus

Die Kommunistische Partei mag die Konjunktur. Wo von rechts her auf die Sozialdemokratie eingehen wird, müssen auch die Kommunisten von links her

dabei sein, damit dem deutschen Volke immer wieder gezeigt wird, wessen Geschäfte sie besorgen.

In den Tagen, in denen die Sozialdemokratie darüber berichtet, unter welchen Voraussetzungen sie sich im Interesse der Arbeitnehmerchaft an der Regierung beteiligen kann, främen die Kommunisten im Zitatentafel. Nicht erst seit gestern und heute. Seit Tagen lassen sie den tollen August Bebel gegen die Sozialdemokratie antreten und marschieren und zittern mit großer Begeisterung eine Stelle aus einer Bebel-Nedde auf dem Dresdner Parteitag, in der es heißt, dass die Sozialdemokratie, gerade weil sie bei den Wahlstimmen genommen habe, in der schärfsten Opposition bleiben müsse.

Der Dresden Parteitag war im Jahre 1903. Diese Zeit mit der Regenwetter in Vergleich zu jenen, ist entweder politische Kinderei oder trügerisches Spiel. Damals lebten die Arbeiter unter dem monarchistischen Regime, das mit allen seinen Mitteln, mit Polizei und Militär gegen die Sozialdemokratie vorging. Heute leben die deutschen Arbeiter in der Republik, die sie selber geschaffen haben. Nach einem Wahltag, der unter der Parole „Wir wieder Bürgerland“ erreicht worden ist, jede Regierungsbeteiligung grundsätzlich anzuerkennen, wäre Verzug an den Wählern. Die Bevölkerung der SPD ist ja im Grunde gar nicht ernst zu nehmen. Sie selbst haben in den Standpunkt der Sozialdemokratie von 1903 in ihren politischen Taten längst überwunden. Die Sozialdemokraten dachten 1903 nicht daran, einen Abgeordnetenwahlkampf im Preußischen Landtag oder im Deutschen Reichstag zu bestreiten. Die Kommunisten aber haben sich am Sonnabend im Preußischen Landtag entschlossen, den dritten Vizepräsidenten zu stellen und dadurch ihr eigenes Gedächtnis über die Verwertbarkeit des „Bürgerlichen Parlamentarismus“ als Unium entblößt.

### Die Amnestie

D. Berlin, 12. Juni. (Sig. Junkspruch.) Eine unter Rückzug der Sozialdemokratie stehende Reichsregierung wird vornehmlich sofort nach ihrem Amtsantritt mit den Landesregierungen zu Erörterungen über eine baldige Amnestie in Verbindung treten. Es sollte selbstverständlich sein, dass wie die Sozialdemokratie wünscht, gemeinsame Verbrecher von dieser Amnestie ausgeschlossen werden. Als solche Verbrecher sind bisweilen die Feuerwerker und die kommunistischen Nordgesellen aus Glawau und Hamburg zu betrachten.

## Der Giftgas-Krieg

Von Dr. h. c. Freiherr von Schönach, Generalmajor a. D.

Man könnte bei dem Hamburger Giftgasunfall überglücklich werden. Erfolgs, weil der zufällig webende Wind die Giftwolke nicht in die dichtbesetzten Arbeiterwohnviertel getragen hat, und zweitens, weil das Unglück passiert ist, als der Bürgerblock unseligen Angehenden gerade sein Lebenslicht ausgeholt hatte. Andernfalls hätte man sich jetzt ebenfalls ausgebuchtet. Andernfalls hätte man sich jetzt verlaufen können, dass die Geschichte vertuscht worden wäre. Man kann zu dem unter maßgebendem Einfluss der Sozialdemokratie stehenden neuen Reichstag das Vertrauen haben, dass er bis in die dunkelsten Winkel der Gas- und Spezialfirmen unserer Reichswehr hineinreichen wird.

Dieser Überglücke liegt nun bei mir noch in einer Hoffnung nur: Was die Millionen von Toten des Weltkriegs nicht verhindern haben, werden vielleicht jene unglaublichen Opfer noch im Grabe zuwege bringen: die Menschheit die Augen darüber öffnen, was ihr bevorsteht.

Der Kriegswahn wird klar, wenn man liest, was von erschrocken Menschen zur Abwehr gefordert wird. Dazu muss man zunächst prüfen, wie der technische Krieg der Zukunft wahrscheinlich aussehen würde. Ganz sicher ist die Zeit der Massenheere vorbei. Kleine Eliteheere werden mit Maschinen und Gift beim Gegner möglichst viel Menschen zu töten und Fabriken zu zerstören suchen. Das Kampfangebot wird daher die großen Industriezentren sein. Bei der verbesserten Kriegstechnik wird die Entfernung von der Landesgrenze gar keine Rolle mehr spielen.

Die Stoffe, die abgeworfen werden, lassen sich in zwei Gruppen teilen: Spreng- und Brandstoffe zur Zerstörung der Fabrikantengenossenschaften und Giftgase zur Tötung der Arbeiter. In der ersten Gruppe spielt der weiße Phosphor eine große Rolle, von der zweiten ist Velen, wie wir, natürlich, dass das Phosphor, das Idiot in vorherigen Kriegen angewendet werden ist, heute längst überholt ist. Das amerikanische Vierfüßig, der übertritt an Wirkung das Phosphor mit ein hundertfaches. Diese Giftgase zerstören wiederum zwei Hauptgruppen: jene, die auf die Zunge, und jene,

die auf die Haut wirken. Die letzteren, die sogenannten Sengas, werden uns von den Militärs immer als verhältnismäßig harmlos geschildert. In Wahrheit sind sie vielleicht noch gefährlicher als die Lungenpest, die den Tod innerhalb eines Monats bringt. Dies Sengas ist überall verteilt. Wo es direkt oder indirekt mit der Haut in Berührung kommt, verträgt es die Haut so, dass jede Kontaktstelle unterbunden wird. Menschen, deren Haut in erheblicher Ausdehnung verätzt ist, sterben unter Wochenlangen entzündlichen Erstickungsanfällen.

Zur Abwehr haben die Herren Militärs folgendes vorgeschlagen: Dezentralisierung der gebauten Industrie. Schaffung von gesetzlichen Unterständen für alle für den Krieg arbeitenden Menschen. Bereitstellung von Gasmasken gegen Lungenpest und von Guanoanzügen gegen die Sengas für das ganze Volk. Ich sehe von den Kosten und den organisatorischen Schwierigkeiten der Verwaltung dieser Materialien ganz ab. Der Zustand, den man uns angedacht hat, ist der der Höhlenbewohner vergangener Jahrtausende. Und das nur, damit ein paar tollgewordene Militärs sich anstreben und ein paar Fabrikanten hohe Dividenden einstreichen können. Dabei ist es ein nur sehr schwacher Trost, zu wissen, dass die Dividendenhalter sich wahrscheinlich früher töpfen werden, denn nach dem nächsten Friedenskrieg werden einfach die Menschen fehlen, die uns ihren Steuern die Kriegsgewinne der Fabrikanten beigebracht haben.

Heute kommt es aber in erster Linie darauf an, dass wir sorgen, dass den Giftgasbeladenen Raum zugeteilt werden. Aus der gegenwärtigen Zahl der Menschen wird ich nur zwei vorhersagen.

Geplantes Verbot der privaten Herstellung von Kriegsmaterialien, ein Verbot, das über den Völkerbund möglichst internationales Recht haben würde. Zudem soll ein einiger Menschen die Möglichkeit haben, um Krieg und seiner Vorbereitungen Geld zu verdienen, so lange wird es, dass